

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 39. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung – am 06.11.2012 im Kreisausschusssaal (B2-1-11) Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Bernd Habermann

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Fritz Lindner

Herr Dr. Günter Stirnal

Herr Dr. Ralf von der Bank

Herr Jörg Niendorf

Herr Erich Ertl

Herr Michael Wolny

Vertretung für Herrn Dirk Steinhausen

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller

Herr Hartmut Rex

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christin Menzel

Herr Klaus Hubrig

Herr Dirk Steinhausen

Sachkundige Einwohner

Frau Ute Krüger

Frau Alice Löning

Verwaltung

Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Dezernent
Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter
Frau Iris Rockmann, Kreisentwicklungsamt, Sachgebietsleiterin
Frau Heidemarie Köppen, Kreisentwicklungsamt, Flughafenkoordinatorin
Frau Marina Remus, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin
Herr Andreas Weiher, Bauamt, Amtsleiter - teilweise -

Gäste

Herr Lösse, Planungsgruppe 4
Herr Borin, Planungsgruppe 4
Herr O'Sullivan, Planungsgruppe 4
Herr Curry, Planungsgruppe 4

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Präsentation "Entwicklung im Flughafenumfeld BER"
- 4 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.09.2012
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Anfragen der Abgeordneten

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Habermann begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Verwaltungsleitung zur 39. Sitzung des Ausschusses.

Er weist darauf hin, dass heute im Foyer der Kreisverwaltung eine Ausstellung eröffnet wird anlässlich des 80. Jahrestages der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis. Von Frau Witt, Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, bekam er den Hinweis, dass diese Ausstellung auch in den Gemeinden gezeigt werden kann. Ansprechpartnerin ist Frau Witt.

Herr Habermann informiert des Weiteren über Themen, die unbedingt im Ausschuss zu behandeln sind. Das betrifft:

- die Fragen zum aktiven Schallschutz und der weiteren Entwicklung des Flughafens.
- das Thema Windkraftanlagen in Teltow-Fläming – wurde gestern im Kreistag angesprochen und ist weiter zu verfolgen. Auch in der Regionalversammlung am 15.11.2012 in Blankenfelde wird dieser Punkt auf der Tagesordnung stehen.
- die Umstufung von Kreis- in Gemeindestraßen
- die Osdorfer Straße in Großbeeren.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Herr Habermann gibt dazu Folgendes bekannt:

Einwohner des Landkreises haben die Möglichkeit Vorschläge, Hinweise und Anregungen zu unterbreiten. Die Einwohnerfragestunde ist in der Hauptsatzung des Landkreises TF festgelegt und auf 30 Minuten begrenzt. Anfragen sollten schriftlich oder mündlich und in einer Frist von 10 Tagen vor der jeweiligen Sitzung eingereicht werden, nicht fristgerecht eingegangene Anfragen werden nachrangig behandelt. Sollten Anfragen nicht sofort geklärt und beantwortet werden können, sind sie innerhalb von vier Wochen schriftlich zu beantworten. Es werden hier keine Rechtsauskünfte erteilt.

Herr Habermann begrüßt **Herrn Helmut Stark**, selbstständiger Malermeister aus Altes Lager/Jüterbog. Er äußert sich zum Thema Denkmalschutz.

Erstmals wurde der Denkmalpflegepreis 2012 nicht vergeben. Herr Stark erklärt, dass es in der letzten Legislaturperiode mit viel Mühe gelungen ist, den Preis über den Ausschuss einzustellen und die finanziellen Mittel in Höhe von 50 T€ zu erhalten. Mittlerweile haben sich in der letzten Zeit viele Bürgerinitiativen neu gebildet, die sich auch ihrer Denkmäler angenommen haben und eventuell auf eine Würdigung und Unterstützung hoffen. Ihm ist unverständlich, dass neben der Nichtvergabe des Denkmalpflegepreises auch die geringe Summe von 50 T€ im Haushalt gestrichen wurde. Neue Vergabemöglichkeiten hätten parallel zur jetzigen Richtlinie entwickelt werden können. Unstimmigkeiten in der Kreisverwaltung haben seiner Meinung nach ihr übriges getan.

Da der Denkmalpflegepreis 2012 nicht vergeben wurde, stellt er nachfolgende Fragen:

1. Wer erarbeitet die neuen Vergaberichtlinien?
2. Wie und in welcher Art sind die Ausschüsse beteiligt?
3. Haben die Ausschüsse und das SG für Denkmalschutz Einfluss auf die Vergabe?
4. In welchem Ausschuss ist das SG Denkmalschutz angegliedert?
5. Wie viel Vorhaben und in welcher Größenordnung wurden seit Beginn der Mittel im Haushalt kofinanziert?
6. Werden für das Jahr 2013 wieder finanzielle Mittel in den Haushalt gestellt?
7. Kann eine Zusammenarbeit fraktionsübergreifend zu diesen Themen angeschoben werden?

Dazu erklärt **Herr Habermann**, dass Herr Stark in der letzten Legislaturperiode Mitglied dieses Ausschusses war. Ihm ist es zu verdanken, dass die Richtlinie zum Denkmalpflegepreis und die damit verbundenen Auszeichnungen in diesem Ausschuss auf den Weg gebracht wurden.

Herr Gärtner erklärt, wie die Verleihung des Denkmalpflegepreises entstanden ist. Damals wurde überlegt, wie man mit relativ wenig Aufwand den Menschen eine Anerkennung zukommen lassen kann, die sich hier für den Erhalt der Denkmale einsetzen. Der Preis wurde bisher 6-mal verliehen. Im Kreisausschuss gab es diverse Anregungen zur Verleihung des

Denkmalpflegepreises. Das Verfahren sollte verändert werden. Das war auch der Grund, weshalb in diesem Jahr kein Denkmalspflegepreis vergeben wurde. Die Kreisverwaltung ist gegenwärtig dabei, die Denkmalpflegerichtlinie zu ändern.

Bislang war es so, dass die Vorschläge aus der Unteren Denkmalschutzbehörde kamen. Die Anregung war, dass die Preis-Vorschläge nicht aus der Behörde kommen sollten, sondern ähnlich wie beim Teltow-Fläming-Preis, sollten die Gemeinden aufgefordert werden, Vorschläge zu machen. Schwierig war auch – es gab bisher 5 Kategorien – für jede Kategorie geeignete Bewerber zu finden. Deshalb kam der Gedanke auf, den Preis alle 2 Jahre zu verleihen.

Seit dem 1. Mai 2012 ist der Denkmalschutz nicht mehr der unteren Bauaufsichtsbehörde angegliedert, sondern integriert in das Amt für Bildung und Kultur.

Herr Gärtner hofft, dass der Denkmalpflegepreis im nächsten Jahr wieder verliehen wird.

Ein weiteres Problem ist die Frage der Förderung. Der Ausschuss hat für den Haushalt 100 T€ gefordert, es wurden aber oftmals nur 50 T€ zur Verfügung gestellt. Auf Grund der finanziellen Lage der Kreisverwaltung stehen derzeit keine Mittel zur Verfügung. Gerade im Bereich der freiwilligen Aufgaben wird drastisch gespart.

Außerdem ist zu klären, ob die Vergabe des Denkmalpflegepreises in diesem Ausschuss verbleibt oder wechselt das Thema in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport. Das ist noch mit den Abgeordneten zu diskutieren.

Herr Gärtner sagt Herrn Stark die schriftliche Beantwortung seiner Fragen zu.

Herr Dr. von der Bank kann das Anliegen von Herrn Stark nachvollziehen. Wenn man sich die Richtlinie ansieht, treten eine Reihe von Fragen dazu auf. 2006 gab es dazu einen Kreistagsbeschluss. Hier wurde festgelegt, den Denkmalpflegepreis jährlich zu verleihen. Zum Auswahlverfahren wurde klar festgelegt, dass der Landrat dem Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung eine Liste mit Kandidaten vorlegt. Unser Ausschuss hat dann eine entsprechende Empfehlung zugeben. Herr Dr. von der Bank begrüßt es, wenn die Richtlinie weiter entwickelt wird. Aber es wundert ihn schon, dass ein Kreistagsbeschluss außen vorgelassen wird und nun nur noch alle 2 Jahre der Preis vergeben werden soll. Er glaubt nicht, dass dies so in Ordnung sei. Sein Vorschlag wäre, die Verleihung noch in diesem Jahr nachzuholen und zwar nur mit der Überreichung einer Urkunde und einer Plakette, ohne Finanzierung.

Herr Gärtner antwortet, dass vom Kreisausschuss die Aufforderung kam, die Richtlinie zu ändern. Es gab schon sehr wenige Vorschläge zum „Tag des offenen Denkmals“ 2011. Den Vorschlag von Herrn Dr. von der Bank, objektiv bis Weihnachten den Denkmalpflegepreis zu verleihen, hält Herr Gärtner für unrealistisch.

Das Thema hat Herr Gärtner in der Dienstberatung angesprochen. Zuständiger Dezernent für die Erarbeitung einer neuen Richtlinie ist Herr Bührendt, da in seinem Bereich die Denkmalschutzbehörde angesiedelt ist. Die Erarbeitung sollte forciert werden, so dass im nächsten Jahr wieder der Denkmalpflegepreis verliehen werden kann.

Damit beendet **Herr Habermann** dieses Thema. Er bedankt sich bei Herrn Stark für seinen Beitrag.

TOP 3

Präsentation "Entwicklung im Flughafenumfeld BER"

(Da die Präsentation einen hohen Speicherplatz benötigt, bitte an Frau Remus wenden, falls die CD gewünscht wird.)

Herr Habermann heißt Herrn Lösse von der Planungsgruppe 4 Berlin mit seinem Team herzlich willkommen und bittet um die Vorstellung seines Vortrages.

Herr Lösse stellt sich als freier Stadtplaner und geschäftsführender Gesellschafter der Planungsgruppe 4 vor. Die Planungsgruppe 4 besteht seit über 40 Jahren. Schwerpunktmäßig wird in Deutschland, in Berlin und Brandenburg, aber auch international wie z. B. in Prag und anderen Ländern an der Flughafenplanung, gearbeitet. Es wurde auch der Bebauungsplan in Dahlewitz für BMW und Rolls-Royce bearbeitet. Seit Jahren wird im Flughafenumfeld geplant.

Im Weiteren stellt er sein Team vor. Über dieses Entwicklungs-Team bestehen Beziehungen zu einem Projekt in Bayern – ein sehr großes Konversionsprojekt mit Gewerbe, Universität, Wohnen. Es wurde gemeinsam mit der EPI entwickelt. Auch das Projekt „Golf-Sport-Business-Park“ in Groß Kienitz soll gemeinsam vorbereitet und entwickelt werden. Um das Gebiet zu entwickeln, wäre es vorteilhaft, wenn die Kommunen stärker zusammenarbeiten würden. Es wurde festgestellt, dass die Bereitschaft der Gemeinden sehr groß ist. Um die ganze Verkehrserschließung im Bereich Glasow zu planen, wurde erst einmal ein Masterplan für den gesamten Raum diskutiert.

Herr O’Sullivan stellt in seinem Bericht die EPI als eine Irisch-deutsche Immobiliengesellschaft vor.

Herr Habermann dankt beiden Herren für ihren Beitrag.

Er persönlich hält den Masterplan auf der Westseite des Flughafens für eine unbedingte Notwendigkeit für den Landkreis Teltow-Fläming, damit nicht nur die Nachteile durch den Fluglärm überwiegen, sondern auch die Vorteile des Flughafens genutzt werden können. Er begrüßt das, was hier auf den Weg gebracht wird. Es wurden wichtige Dinge angesprochen wie z. B. die südliche Umfahrungsstraße und Erweiterung des Radweges um das Flughafengelände.

In der anschließenden Diskussion wurden diverse Probleme und Hinweise angesprochen.

Herr Niendorf erkundigt sich nach dem Flächenbedarf und ob diese Flächen landwirtschaftlich genutzt werden.

Herr Lösse antwortet, dass es sich bei diesem Gebiet um rund 35 ha handelt, die zum Teil Brachflächen sind, aber auch landwirtschaftlich genutzt werden.

Herr Dr. von der Bank bedankt sich für die Vorstellung des Projektes. Er hofft, dass trotz der hohen Lärmbelastung im Bereich Blankenfelde-Mahlow entsprechende Investoren viele und gut bezahlte Arbeitsplätze bringen.

Herr Gärtner gibt den Hinweis, dass in der AG 3 des Dialogforums Brandenburg bereits eine Analyse zu Radwegen im Flughafenumfeld erfolgte. Der Bürgermeister der Gemeinde Schönefeld plant z. B. rund um den Flughafen einen Radweg. Eine weitere Frage ist aber auch, wie gelangen die Menschen mit Bahn, Bus oder Auto vom oder zum Flughafen oder Mitarbeiter des künftigen Flughafens fahrradtechnisch zu ihrem Arbeitsplatz bzw. Ausflügler zu touristischen Zielen. Die verkehrstechnische Erschließung ist bislang unvollendet. In mühsamer Kleinarbeit haben die beiden Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald in einer Machbarkeitsstudie Bedarfe ermittelt und diese in einer Broschüre „Radwegeerschließung um den Flughafen Berlin-Brandenburg „Willy Brandt““ zusammengefügt. Diese Broschüre stellt er der PG 4 gern zur Verfügung.

Am 12.11.12 tagt das große Dialogforum, welches einmal jährlich mit Ministern, Bürgermeistern, Landräten usw. durchgeführt wird. Als AG-Leiter wird er auch die Thematik Radverkehr

ansprechen. Es wurde z. B. ein Betrag von ca. 17 Mio € ermittelt, der erforderlich ist, um das Gebiet rund um den BER fahrradtechnisch zu erschließen.

Herr Wolny nennt 2 Bereiche, die er als dringlich betrachtet. Zum einen die unmittelbare Anbindung von Groß Kienitz mit einem Radweg an der L 402. Dieses Problem soll im nächsten Jahr gelöst werden, so dass der Gutspark Dahlewitz entsprechend erreicht werden kann, aber auch die Kienitzer Berge.

Zum anderen betrifft das in Groß Kienitz die eine mögliche Erschließungsstraße in Richtung Glasow bzw. Mahlow. Bisher fehlte nur der Anschluss, damit der Verkehr abfließen kann bzw. Groß Kienitz auch aus nordwestlicher Richtung erreicht werden kann.

Zum Radwegesystem um den Flughafen herum teilt er mit, dass der Radweg parallel zur B 96 a gerade an Sonn- und Feiertagen u. a. von Radfahrklubs oder auch als Trainingsmöglichkeit sehr gut angenommen wird. Ferner macht er auf einige Verkehrsprobleme im Zusammenhang mit der ILA aufmerksam, die zu lösen sind, wie z. B. die Parkplatzsituation.

Herr Lösse erklärt, alle diese Punkte sind auf seiner Agenda. Es sind Problemstellungen, die anzugehen sind. Wie sie im Detail zu lösen sind, ist in einem 2. Schritt zu untersuchen. Die Messe ist sehr interessiert an einer weiteren Debatte zu diesem Thema. Auch das ILA – Thema ist bekannt, insbesondere die Situation mit den Parkplätzen an der B 96.

Herr Lindner macht auf herrliche Ausflugsmöglichkeiten in und um Jüterbog oder Luckenwalde aufmerksam, es sind herrliche Strecken vorhanden und die Anbindung zu Radwegen stimmt auch.

Herr Rex erklärt, dass es bereits diverse erschlossene Gewerbegebiete im Kreis gibt. Er sieht ein, dass in Blankenfelde und dem Bereich um den Flugplatz so ein Gebiet zu erschließen ist, aber z. B. Preußenpark in Ludwigsfelde bleibt u. U. auf der Strecke.

Herr Habermann bedankt sich bei allen für die interessanten Ausführungen und hofft, gemeinsam, diese Entwicklung auf den Weg zu bringen, da sie viele Aspekte beinhaltet, sei es mit der ILA oder dem Knoten an der B 96 usw.

TOP 4

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.09.2012

Es gab keine Hinweise und Anregungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.09.2012. Damit gilt die Niederschrift der 38. Sitzung als bestätigt.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Gärtner informiert über einen Termin der Regionalversammlung am 15.11.12 in Blankenfelde. Herr Knauer, Leiter der Planungsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, bat darum, diesen Termin bekannt zu geben und bei den Regionalräten zu werben, um die Beschlussfähigkeit zu erreichen.

Herr Gärtner teilt in seiner Funktion als Vorsitzender des kommunalen Nachbarschaftsforum der AG Süd - mit, dass das Problem „Osdorfer Straße“ in der letzten Sitzung zum Thema gemacht wurde. Auch die Berliner Stadtbezirke von Steglitz-Zehlendorf bis Treptow-Köpenick haben Sorgen mit dieser Schnittstelle von Berlin und Brandenburg. In diesem Zusammenhang ist das Thema Park & Ride nochmal aufzugreifen. Mit der Planungsamtsleiter-

rin des Bezirkes Steglitz-Zehlendorf habe Herr Gärtner bereits dazu ein Gespräch geführt. Demnächst soll mit dem neuen Bezirksbaustadtrat und der Gemeinde Großbeeren ein Termin vereinbart werden. Zur Osdorfer Straße plant die Gemeinde Großbeeren wieder eine Aktion. Die Gemeinde möchte diese Straße zur Einbahnstraße deklarieren.

Weiterhin informiert **Herr Gärtner** zum Thema „Umstufung von Kreis- zu Gemeindestraßen“. Die Gespräche mit den insgesamt 9 Gemeinden sind abgeschlossen. In den Gesprächen wurde festgestellt, dass es bestimmte Straßen gibt, bei denen ohne weitere Probleme eine Umwidmung durchzuführen ist. Die Gemeinden sehen das auch so. Das Gesetz sieht vor, dass dies möglichst einvernehmlich geschehen soll. Es gibt aber auch Straßen, bei denen die einzelnen Gemeinden mitteilen, dass noch genauere Untersuchungen, wie beispielweise Verkehrszählungen usw., erfolgen müssen. Herr Gärtner habe das zum Anlass genommen, an der Kreisarbeitsgemeinschaft der Bürgermeister teilzunehmen, die am 13.11.2012 stattfindet, um diese Problematik im Einzelnen zu besprechen.

Am 25. Oktober 2012 fand eine Veranstaltung zum Werteverzehr der Straßeninfrastruktur und neuen Finanzierungsformen in Potsdam statt, weil viele Kommunen das Problem haben, dass Haushaltsmittel für Unterhaltungsmaßnahmen gestrichen werden. Am Rande dieser Veranstaltung suchte **Herr Gärtner** das Gespräch mit Minister Vogelsänger. Dieser kündigte an, dass sich das Land in der nächsten Legislaturperiode des Landes Brandenburg aktiv an die Kreise wendet. Das Landesstraßensystem unterteilt sich in 2 Netze – in Grundnetz und grünes Netz. Das Grundnetz wird weiter aufrechterhalten und entsprechend investiert, im grünen Netz ist das nicht der Fall. Die Kreise werden mit Sicherheit bestimmte Landesstraßen als Kreisstraßen übernehmen.

Zum Jahresbeginn 2013 könnten bereits 2 bis 3 Kreisstraßen als Gemeindestraßen umgewidmet werden, bei denen Einigkeit mit den Gemeinden besteht.

Herr Gärtner informiert über das Flughafenberatungszentrum (FBZ) in Mahlow, in dem nicht nur der Fluglärmschutzbeauftragter, sondern auch Frau Köppen als Flughafenkoordinatorin und eine weitere Mitarbeiterin ihren Sitz haben. Sie nehmen die Beratungen für die Hilfesuchenden und konkrete Überprüfungen der Kostenerstattungsvereinbarungen der Bürger vor. Es gibt Überlegungen, dieses Zentrum weiterzuentwickeln zu einem Kompetenzzentrum (Name steht noch nicht fest). Unter seiner Leitung als Leiter der AG 3 im Arbeitsausschuss wurde eine Unterarbeitsgruppe gebildet, in der neben der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, Bürgermeister sowie die 3 AG-Leiter, also insgesamt 12 Personen, integriert sind. Am Freitag, 26. 10. 2012, fand die erste Sitzung statt. Ein weiteres Treffen wird am 21.12.2012 stattfinden. Bis dahin sind einige Fragen zu klären, zum Beispiel, was soll, neben Aufgaben wie Schallschutz, Überprüfung von Kostenerstattungsvereinbarungen der Bürger usw., der Inhalt eines solchen Hauses sein. Sollte der Flughafen im nächsten Jahr in Betrieb gehen, werden diese Dinge in ca. 5 Jahren abgeschlossen sein. Ein 2. Punkt ist, wo soll das Gebäude stehen. Das Gebäude in der Arnold-Böcklin-Straße ist nicht unbedingt das Geeignetste dafür. Durch den Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, Herrn Baier, wurde ein neuer Vorschlag unterbreitet. In diesem Objekt, auch in Mahlow, ist jedoch derzeit noch eine Kita untergebracht. Das neue Objekt soll sich in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow befinden, da die Gemeinde hauptbetroffen ist. Und 3. ist zu klären, wer Träger des Objektes sein soll. Derzeit bestehen Überlegungen in Richtung BADC (Berlin-Brandenburg Area Development Company). Das wäre ein großer Vorteil, da die BADC eine Gesellschaft ist, in der neben dem Landkreis auch die vier Gemeinden, die im Flughafen-Umfeld liegen, Gesellschafter sind. Die BADC hat im Moment 2 Geschäftsfelder und wäre der geeignete Träger.

Herr Gärtner übergibt Flyer vom Dialogforum zur Auftaktveranstaltung eines planerisch-städtebaupolitischen Dialoges in der Flughafenregion BER am 22. November 2012 in Wildau. Diese Einladung richtet sich an die Politik, an Gemeindevertreter, an Bauamtsmitarbei-

ter usw. Diese Veranstaltung ist nicht öffentlich, sondern speziell für Mitarbeiter zum Thema Flughafenumfeld BER.

TOP 6

Anfragen der Abgeordneten

Herr Rex möchte wissen, mit welchen Gemeinden und in welchem Umfang über die Umstufung konkret Abschlüsse getätigt wurden und ob die Bürgermeister bereits darüber Bescheid wissen?

Herr Gärtner antwortet, dass in den Gemeinden erste Gespräche geführt wurden. In diesen Gesprächen wurde herauskristallisiert, ob es in den Gemeinden Straßen gibt, wo die Gemeinden von sich aus mitteilen, dass es eine Gemeinde- und keine Kreisstraße ist. Bei einigen Gemeinden gab es keinen Streit. Bei einigen Gemeinden hingen bestimmte Dinge daran, wie fehlender Geh- oder Radweg etc. Das trifft z. B. auf die Gemeinden Dahme/M, Baruth/M und Nuthe-Urstromtal zu. Bisher wurde noch keine Vereinbarung getroffen. Es wird versucht, noch zu Beginn des nächsten Jahres 3 oder 4 Straßen umzustufen. Deshalb nimmt er an der Beratung der Kreisarbeitsgemeinschaft der Bürgermeister teil, um konkrete Probleme zu besprechen und wie es im Detail weitergeht.

Da der Winter bevorsteht, möchte **Herr Rex** wissen, wie die finanziellen Dinge, wie Winterdienst u. ä. geregelt sind, wenn Straßen kurzfristig übergeben werden müssen. Die finanziellen Mittel müssen von den Gemeinden eingeplant werden. Wie wird das abgesichert?

Darauf antwortet **Frau Rockmann**, dass es auch dazu Gespräche in den Gemeinden gab, wie z. B. bei der K 7203, die zum 01.01.2013 abgestuft werden soll. Die Vereinbarung wird gegenwärtig vorbereitet. Hier ist festgeschrieben, dass der Winterdienst dann noch durch den Landkreis abgesichert wird.

Damit ist **Herr Rex** einverstanden. Seine 2. Frage bezieht sich auf das Kompetenzzentrum, dass eventuell in Trägerschaft der BADC übergeht. Dafür müssen aber die Gesellschafter finanziell aufkommen. Dieses Problem sollte aber genau mit den Gemeinden besprochen werden, denn die Liquidation der BADC stand ja bekannter Weise bereits einmal bevor.

Dem stimmt **Herr Gärtner** zu. Diese Frage ist natürlich in der Gesellschafterversammlung zu bereden, wenn es soweit ist. Aber es besteht ein großes Interesse seitens des Landes daran, dass so ein Zentrum im Flughafenumfeld entsteht. Die Aufgabe besteht darin, eine entsprechende Konzeption zu fertigen. Gespräche mit Herrn Jansen, Geschäftsführer der BADC, und Herrn Stefan Loge, Aufsichtsratsvorsitzender und Landrat vom LKDS, waren sehr erfolgreich.

Eine weitere Frage von **Herrn Rex** bezieht sich auf die Denkmalschutzrichtlinie. Er drückt sein Unverständnis aus, dass seit der letzten Übergabe des Denkmalschutzpreises im Jahre 2011 die Verwaltung nicht daran gearbeitet hat. Ihn interessieren hier nicht die Umstrukturierungen in der Kreisverwaltung. Er möchte wissen, wann endlich die Richtlinie auf den Tisch kommt und bittet den Vorsitzenden des Ausschusses dafür Sorge zu tragen, dass diese Richtlinie bis Ende des 1. Quartals 2013 vorliegt.

Herr Habermann stimmt dem zu.

Herr Gärtner betont, dass es nicht nur der Umstrukturierung geschuldet ist, dass die Denkmalschutzrichtlinie nicht vorliegt, sondern auch der Tatsache, dass das Verfahren verändert werden soll. Die Zuständigkeit liegt im Dezernat V mit dem zuständigen Dezernenten, Herrn

Bührendt. In der nächsten Dienstberatung wird Herr Gärtner dieses Thema nochmals ansprechen.

Herr Dr. von der Bank hatte Herrn Bührendt und Frau Mohr de Pérez gebeten, an dieser Sitzung teilzunehmen, um dieses Thema anzusprechen und zu klären, aber es gab leider keine Resonanz.

Eine Frage bezieht sich auf die Klein Kienitzer Straße. Hier sollten nach Aussagen von Herrn Weiher die Baumpflanzungen im November beginnen. Bisher hat sich jedoch nichts getan. Weiterhin fragt er nach, dass mal vereinbart wurde, einen Fahrradweg an der Kienitzer Dorfstraße - durch das Dorf führend - zu bauen. Diese Frage stellte er bereits im April 2011. Als Antwort erhielt er, dass ein entsprechender Grundstückstauschvertrag mit dem Eigentümer abgeschlossen wurde, und man müsste für 2012 nur 30 T€ in den Haushalt einstellen. Die 30 T€ wurden nicht in den Haushalt aufgenommen. Bisher ist immer noch nichts geschehen. Die überwiegende Mehrzahl der Gemeindevertretung Rangsdorf sieht es ähnlich, dass vor einer Umstufung oder Zustimmung zu einer Umstufung diese Straße auch fertiggestellt werden müsste.

Herr Gärtner äußert sich zur Alleinpflanzung in der Klein Kienitzer Straße. Die Vergabe erfolgte am 18.10.2012. Die entsprechenden Verträge wurden geschlossen, die 227 Bäume werden noch in diesem Jahr gepflanzt.

Das Problem „Radweg“ war auch Gegenstand des Gespräches zur Umstufung mit Herrn Rocher. Dazu gab es bereits 2006 eine Vereinbarung mit dem Eigentümer. Hier ging es nicht nur um den Radweg.

Die Anfragen von Herrn Dr. von der Bank zur Wasserqualität des Rangsdorfer See's und Herrn Niendorf zum Schulweg-Problem Gräfendorf und Werbig betreffen die Dezernate III und V bzw. die Ausschüsse für Landwirtschaft und Umwelt bzw. für Bildung, Kultur und Sport. Die entsprechende Problematik ist diesen Ausschüssen schriftlich zu übergeben.

Da es keine weiteren Anfragen mehr gibt, schließt Herr Habermann um 19.15 Uhr die Sitzung, bedankt sich bei allen für die Mitwirkung.

Datum: 06.02.13

Habermann
Vorsitzender

Remus
Schriftführerin